

01) EU brüskiert Minderheiten

Ein Beitrag von Dr. Bruno Burchhart

Ein bemerkenswertes Demokratie-Defizit leistete sich die EU-Kommission durch die **Ablehnung** einer **europaweiten Bürgerinitiative** bezüglich des **Schutzes und der Förderung von Minderheiten-Rechten**. Die von der FUEV (Föderative Union Europäischer Volksgruppen) mit viel Einsatz durchgeführte Initiative „**Minority SafePack**“ konnte durch Erbringung von **1,1 Millionen Unterstützern** in sieben EU-Staaten das erforderliche Quorum einbringen, um eine Behandlung durch die EU-Kommission zu erreichen.

Seit dem Lissabon-Vertrag von 2007 gibt es nämlich neben den EU-Elementen Parlament und EU-Rat (Staats- und Regierungschefs) sowie der fast allmächtigen EU-Kommission (EU-Vorsitzender und von den Staaten entsandte „Fach“-Kommissare) auch das plebiszitäre Element der Europäischen Bürger Initiative (EBI). Solche Vorgangsweisen wie z.B. Volksbegehren, Volksbefragung, Volksabstimmung gibt es in verschiedener Form in manchen Staaten (wie z.B. Österreich) mehr oder (wie z.B. Frankreich) kaum. Die FUEV ist die Vertreterin von mehr als 90 Minderheiten in über 30 Europa-Staaten. In ihr gibt es die zwei großen Arbeitsgemeinschaften, nämlich die **slawische** und die **deutsche**, welche die **größte staatenübergreifende Volksgruppe Europas** darstellt. Mit der FUEV-Initiative wurde nun die EBI-Möglichkeit genutzt, um eine Verbesserung der autochthonen Volks- und Sprachgruppen zu erreichen.

Die Bürgerinitiative brachte die erforderlichen Gesetzes-Vorschläge ein, die den **Schutz und die Förderung von Minderheiten** im Zeichen der **Vielfalt Europas** gewährleisten und die Förderung von Minderheiten- und Sprachrechten ermöglichen sollten. Auch sollte der Schutz, die Förderung und die Sicherung dieser Minderheiten erreicht werden. Wie mager es bei diesen Dingen in den Staaten aussieht, kann an wenigen Beispielen erörtert werden. Man denke nur daran, wie schlecht es z.B. in der Schule um den **deutschen Muttersprachen-Unterricht** in fast allen ehemaligen „Ostblock“-Staaten wie z.B. **Tschechien, Slowakei, Polen** usw. bestellt ist. Oder wie schlecht es dort bei der Präsenz der deutschen Sprache bzw. Berichterstattung in den Medien über die deutschen Volksgruppen aussieht. Ganz abgesehen davon, daß z.B. in **Slowenien** die dortige deutsche Minderheit trotz vielfacher Ermahnungen durch das Europa-Parlament noch immer nicht verfassungsmäßig anerkannt ist.

In Europa gibt es bisher nur die „Europäische Charta der Regional- und Minderheiten-Sprachen“ von 1992 (beschäftigt sich mit Präsenz in Bildung, Justiz, Medien) und das „Rahmenübereinkommen zum Schutz von Minderheiten“ von 1995. Daher brachte die FUEV mit doch **gewaltigem Aufwand** die Minority SafePack Initiative zustande. Diese umfaßte verschiedene Gesetzes-Vorschläge, um die Minderheiten-Situation in den EU-Staaten zu verbessern, zu stabilisieren und zu sichern. Folgendes sollte dabei erreicht werden: EU-Empfehlung zum **Schutz und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt**, Schaffung eines **Zentrums für Sprachenvielfalt**, Aufnahme in die Ziele des EU-Fonds für regionale Entwicklung von Schutz und Förderung der Minderheiten, EU-Forschung für Mehrwert von Minderheiten, Freiheit der Leistung von audiovisuellen Inhalten in den Minderheitenregionen. Dies hätte mit Sicherheit eine **deutliche Verbesserung** für die etwa **50 Millionen Minderheitenangehörigen** in der EU gebracht!

Leider ist die EU-Kommission der mit einer **75-prozentigen Zustimmung** gefaßten **Empfehlung** des Europa-Parlamentes nicht gefolgt. Das ist demokratiepolitisch schon sehr sonderbar. So fühlen sich nicht nur die von den Bürgern gewählten Parlamentarier, sondern auch die EU-Bürger von den Bürokraten der EU und der EU-Kommission im Stich gelassen. Mit eher fadenscheinigen Momenten, die sich eigentlich auf die Aufzählung bisheriger, eben nicht reichender EU-Maßnahmen für die einzelnen FUEV-Vorschläge beschränkten, wurde das Begehren **strikt abgelehnt**. In Zeiten von Europaskepsis ist das sehr schade, weil man damit einmal mehr keine Bürgernähe gezeigt hat. ►

Den doppelt betroffenen Minderheiten bleibt somit nur der Kampf um stabile Rechte, und die sie unterstützenden Organisationen werden weiterhin ihr Bestes für die Besserung der Situation leisten.

[Bitte sehen Sie dazu auch hier unten den aktuellen FUEV-Bericht.](#)

<https://www.fuen.org/de/article/Minority-SafePack-Die-Europaeische-Kommission-kehrt-den-nationalen-Minderheiten-in-der-EU-den-Ruecken-zu>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 12, 2021

Wien, am 26. Jänner 2021



FUEN

Federal Union of European Nationalities

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten

L'Union fédéraliste des communautés ethniques européennes

Федералистский Союз Европейских Национальностей



02) Minority SafePack: Die Europäische Kommission kehrt den nationalen Minderheiten in der EU den Rücken zu

14.01.2021

Am 14. Januar 2021 hat die Europäische Kommission beschlossen, die Stimmen von mehr als einer Million europäischer Bürgerinnen und Bürger sowie des Europäischen Parlaments zu ignorieren und [keine gesetzliche Regelung](#) zum Schutz der nationalen und sprachlichen Minderheiten im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack auf den Weg zu bringen. Mit ihrer Entscheidung hat die Europäische Kommission den autochthonen ►

Minderheiten, den unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürgern, der Forderung des Europäischen Parlaments sowie einer großen Anzahl unterstützender nationaler und regionaler Regierungen sowie gesetzgebender Organe aus ganz Europa den Rücken zugewandt.

„Die Kommission hat die Forderung derjenigen zurückgewiesen, für die die Bewahrung des sprachlichen und kulturellen Erbes Europas nicht nur ein wohlklingendes Schlagwort, sondern eine tägliche Herausforderung ist. Die veröffentlichte Stellungnahme der Kommission ist nicht mehr als ein Schulterklopfen, während die über 1,1 Millionen Unterzeichnenden auf konkrete Maßnahmen und Schritte warteten. Die Kommission hat nun die rund 50 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die zu nationalen und sprachlichen Minderheiten gehören, im Stich gelassen. Millionen von ihnen haben bereits in ihrem eigenen Land in einer Situation der Ungleichheit leben müssen, nun wendet sich auch die Europäische Kommission, die eigentliche Hüterin von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Würde und Gerechtigkeit, von ihnen ab“, kommentierte FUEN Präsident und Europaabgeordneter Loránt Vincze die Entscheidung der Kommission.

Die Initiatoren und Unterzeichnenden des Minority SafePack haben bisher in Europa eine noch nie dagewesene Anzahl von Unterstützern rund um das Thema nationale Minderheiten vereinigt. Zurück liegen zwei bahnbrechende EuGH-Gerichtsverfahren, eine erfolgreiche europaweite Unterschriftensammelaktion, die Unterstützung des Europäischen Parlaments, die sich in einer mit über 75 % der abgegebenen Stimmen angenommenen Resolution widerspiegelt, sowie eine Vielzahl nationaler und regionaler Unterstützer, die sich in einstimmig oder nahezu einstimmig angenommenen Resolutionen äußern, darunter der Deutsche Bundestag, die Zweite Kammer der Niederlande, das Ungarische Parlament, die Landtage von Schleswig Holstein, Niedersachsen und Brandenburg, der Landtag der Autonomen Provinz Bolzano-Südtirol und das Friesische Parlament.

Nach Ansicht der Initiatoren ist die Entscheidung der EU-Kommission in mehrfacher Hinsicht mangelhaft. Sie diskreditiert das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative, das einzige Instrument der partizipativen Demokratie der EU, indem sie es ablehnt, im Falle der fünften erfolgreichen Initiative in Folge eine Gesetzgebung auf den Weg zu bringen. Anstatt näher an die Bürger heranzutreten, ignoriert die EU erneut ihre Vorschläge – dies spiegelt das heutige Demokratiedefizit der EU. Die Kommission lehnte auch die Forderung des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber ab, Gesetzgebungsakte zu initiieren, obwohl die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten aus allen Fraktionen des Parlaments die Initiative unterstützte.

Im Namen der Initiatoren der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack dankte Loránt Vincze all denjenigen, die an die Initiative geglaubt und sich stets für sie eingesetzt haben. Er bedankte sich bei denen, die die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt haben und bei den gewählten Politikerinnen und Politiker, die sich im Europäischen Parlament aber auch in den nationalen Parlamenten für nationale und sprachliche Minderheiten eingesetzt haben, die meisten von ihnen als Vertretende der Mehrheitsbevölkerungen.

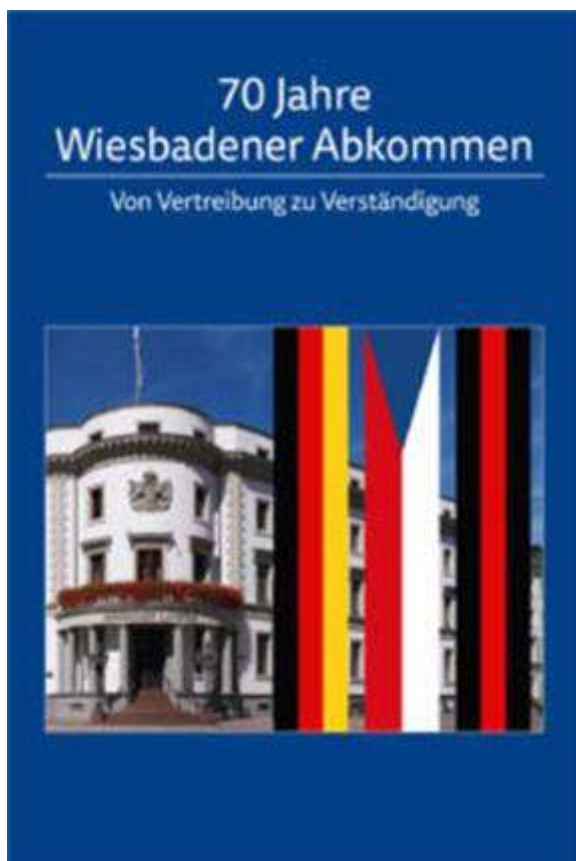
„In den letzten acht Jahren haben wir einen Mehrwert geschaffen: Wir haben nationale und sprachliche Minderheiten in ganz Europa zusammengebracht, die sich gemeinsame Ziele gesetzt haben. Das Niveau der Zusammenarbeit, das wir erreicht haben, ist bisher beispiellos. Wir haben das Fundament gelegt, auf dem wir nun gemeinsam aufbauen können. Wir haben die Belange der nationalen Minderheiten auf die Agenda der europäischen Politik gesetzt und die Aufmerksamkeit auf all das gelenkt, was



Minderheitengemeinschaften in Europa an den gemeinsamen Tisch mitbringen können und zugleich auf unsere Probleme und Erwartungen hingewiesen. Eine große Anzahl von Mitgliedstaaten und Regionen stand uns dabei zur Seite. Es ist bedauerlich, dass die endgültige Entscheidung in unserem Fall nicht von den gewählten Vertretern getroffen wurde, sondern von den Bürokraten, die uns in der Tat von Anfang an ein Hindernis nach dem anderen in den Weg gelegt haben. Wir wissen, dass wir Recht haben, wir wollen das Beste für unsere Minderheitengemeinschaften, wir wollen das Beste für die Mitgliedstaaten, wir wollen das Beste für Europa, und die Ergebnisse unserer Arbeit von fast einem Jahrzehnt können uns durch diese Entscheidung der Kommission nicht genommen werden. Trotz unserer Enttäuschung werden wir nicht aufgeben, und wir bitten alle, die uns bisher zur Seite gestanden haben, nicht aufzugeben. Wir haben das Fundament geschaffen, auf dem ein Europa aufgebaut werden kann, das alle seine Bürgerinnen und Bürger als wirklich gleichberechtigt ansieht“, erklärte der FUEN Präsident.

03) Selten zitiert, aber wichtiger als die Charta

Eine Festschrift erinnert an das Wiesbadener Abkommen von 1950



Václav Havel, so geht die Erzählung, sei der erste prominente Tscheche gewesen, der sich bei den Sudetendeutschen entschuldigt habe. Nichts gegen den Dichter-Präsidenten: Er hat seine Verdienste für die samtene Revolution, er hat so manches mutige Wort gesprochen, aber über ein vages Bedauern der Vertreibung ist er nicht hinausgekommen. Um Entschuldigung gebeten hat vielmehr der ehemalige General **Lev Prchala** (* 23. März 1892 in Schlesisch Ostrau; † 11. Juni 1963 in Feldbach/Stmk.) als Vorsitzender des Tschechischen Nationalausschusses, und zwar bereits vor bald 71 Jahren. Er ist einer der Väter des „Wiesbadener Abkommens“, einer Willenserklärung tschechischer Exilorganisationen und der damaligen Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, vom **4. August 1950**. „Ich fühle mich verpflichtet“, sagte Prchala im selben Jahr im schweizerischen Caux, „die Sünden, die mein Volk gegenüber dem Nachbarvolk begangen hat, zu bekennen, ich möchte mich bei meinen sudetendeutschen Freunden dafür entschuldigen, besonders für das Unrecht, das wir Tschechen ihnen angetan haben.“

Das Abkommen bekundete den Wunsch beider Seiten, in der Tschechoslowakei **demokratische Verhältnisse** herzustellen und den **Sudetendeutschen** die **Rückkehr in ihre Heimat** zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Charta der Vertriebenen, die einen Tag später in Stuttgart verabschiedet wurde, wird dem Gedanken einer Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht eine Absage erteilt. Die Schäden, die dem tschechischen Volk wie den Sudetendeutschen



zugefügt wurden, sollten wiedergutmacht und die geistigen Urheber dieser Schäden bestraft werden. Über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse sollten die Völker in Freiheit entscheiden, heißt es im Abkommen. Ein Jahr nach dem 70. Jahrestag wurde nun unter Corona-Bedingungen eine **Festschrift** („Von Vertreibung zu Verständigung“) zur Erinnerung an das „wichtige Friedenssymbol“ vorgestellt – sie versammelt Beiträge aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft „Es lag wohl an den noch frischen Wunden von beiderseits erlittenem Unrecht und Leid, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache und Gewalt zu unterbrechen, aber gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der Handelnden und deren Mut, Neues durchzusetzen, dass mit diesem **ersten Abkommen** zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaft *visionäre Züge* trug“, so **Reinfried Vogler**, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorstandsvorsitzender Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. „Das Wiesbadener Abkommen, ist zumindest für die Sudetendeutschen, vielleicht sogar wichtiger als die viel zitierte Charta der Heimatvertriebenen, obwohl es seltener zitiert wird“, ergänzte **SL-Sprecher Bernd Posselt**. „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung im Sinne eines ‚nie wieder‘.“ Optimistisch gibt sich die Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, **Christa Naaß**: „Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen sind auf einem guten Weg des Aufarbeitens der Geschichte, auf einem guten Weg des Miteinanders.“ Ursachen und Umstände von Vertreibung und Flucht von damals und heute ließen nicht gleichstellen. „Aber es lassen sich Lehren ziehen.“ Und man wird abwarten müssen, wie weit der Optimismus von Christa Naaß mit den politischen Realitäten in Einklang zu bringen ist. (fac)

P.S.: Die vom Hessischen Ministerium des Innern und dem Kulturamt der Landeshauptstadt Wiesbaden finanziell geförderte 108 Seiten starke Festschrift (ISBN 978-3-88557-246-6) ist bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (kontakt@kulturstiftung.org), bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft (info@sudeten.de) und dem Sudetendeutschen Rat in München (sudetenrat@aol.com) kostenlos erhältlich, es sind nur die Versandgebühren zu entrichten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 3. Feber 2021



04) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Festschrift zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens vorgestellt



Pressemitteilung

Nr. 02/2021

Festschrift zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens vorgestellt

Am 4. August 2020 jährte sich die Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens zum 70. Mal. In diesem Dokument bekannten sich 1950 Vertreter sudetendeutscher Vertriebener und tschechischer Exilorganisationen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem gemeinsamen, friedlichen Europa.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat würdigen in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – von Vertreibung zu Verständigung“ die große Bedeutung dieses Nachkriegsdokumentes. Die nun erschienene umfangreiche Festschrift versammelt Beiträge aus der Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Das Wiesbadener Abkommen stellt im Geiste echter und tiefer Versöhnung am Vorabend der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen ein wichtiges Friedenssymbol dar. Zu Recht kann man das Wiesbadener Abkommen als ein Fundament für die Einigung Europas betrachten. Bereits in der Eichstätter Erklärung 1949 und in der Detmolder Erklärung 1950 hatten sich sudetendeutsche Politiker für einen Verzicht auf Rache und für ein friedliches Zusammenleben mit den tschechischen Nachbarn ausgesprochen.

In seiner Einleitung zur Festschrift erklärt Reinfried Vogler, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, den historischen Rahmen des Wiesbadener Abkommens: „Es lag wohl an den noch frischen Wunden von beiderseits erlittenem Unrecht und Leid, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache und Gewalt zu unterbrechen, aber gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der Handelnden und deren Mut, Neues durchzusetzen,

Berlin, 27.01.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



„70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“
Broschur, 108 Seiten
ISBN 978-3-88557-246-6



dass mit diesem ersten Abkommen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaft visionäre Züge trug.“

Das Wiesbadener Abkommen bekundet den Wunsch beider Seiten, in der Tschechoslowakei demokratische Verhältnisse herzustellen und den Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen wird eine Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht abgelehnt. Die Schäden, die dem tschechischen Volk wie den Sudetendeutschen zugefügt wurden, sollten wiedergutmacht und die geistigen Urheber dieser Schäden bestraft werden. Über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse sollten die Völker in Freiheit entscheiden, heißt es im Abkommen.

Zur Entstehung der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“ trug nachhaltig Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, bei. Auch Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, sowie der hessische Landesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstützten das Vorhaben. Die Festschrift (Broschur, 108 Seiten, ISBN 978-3-88557-246-6) ist bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Sudetendeutschen Rat erhältlich. Finanziell gefördert wurde die Erstellung der Festschrift maßgeblich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das Kulturamt der Stadt Wiesbaden.

Die Online-Buchvorstellung

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte eine öffentliche Veranstaltung im Jubiläumsjahr, in deren Rahmen die Publikation vorgestellt werden sollte, nicht mehr stattfinden. Die Publikation wurde daher am 25. Januar 2021 in einem von Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, moderierten Live-Stream präsentiert. Die Aufzeichnung dieser Übertragung ist auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Anlässlich der Präsentation der Broschüre „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“ sagte Margarete Ziegler-Raschdorf, MdL a.D., Beauftragte der Hessischen Landesregierung für



Heimatvertriebene und Spätaussiedler: „Auch wenn die Broschüre klein und handlich ist, so ist sie doch inhaltsschwer.“ Hessen hat nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 400.000 Menschen aus dem Sudetenland aufgenommen, die damals größte Gruppe der Heimatvertriebenen im Bundesland. „Das Land Hessen fühlt sich mit den Sudetendeutschen in besonderer Weise verbunden,“ betonte die Landesbeauftragte. Schon bald nach ihrer Ankunft hätten die Sudetendeutschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und sich am Wiederaufbau des Landes beteiligt. Wichtige Teile dieser Entwicklung stellt Margarete Ziegler-Raschdorf auch in ihrem Beitrag für die Festschrift dar.

Der Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig stellte die Beiträge der Broschüre vor. „Sechs Aufsätze beschäftigen sich in der Broschüre mit dem Wiesbadener Abkommen, das kaum bekannt war. Umso bedeutender ist es, dass man auch die mutigen Männer, die sich zu diesem Wiesbadener Abkommen entschlossen haben, nochmal würdigt“, fasste er zusammen. Mit Texten, die jeweils andere Schwerpunkte setzten, könne man die Tragweite des Wiesbadener Abkommens bis heute erahnen. Es habe damals von beiden unterzeichnenden Seiten viel Mut erfordert, diesen Weg zu gehen. „Es waren also mutige Männer, die sich die Hand reichten, zur Versöhnung schritten und zur Verzeihung bereit waren. Sie sollten mit dem Büchlein auch vor dem Vergessen bewahrt werden“, schloss Prof. Gornig seine Ausführungen.

„Nationalismus ist Feigheit und Dummheit zugleich. Aber um Frieden zu schließen, muss man tapfer sein,“ schloss sich Bernd Posselt, MdEP a.D., Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, an. „Das Wiesbadener Abkommen ist, zumindest für die Sudetendeutschen, vielleicht sogar wichtiger als die viel zitierte Charta der Heimatvertriebenen, obwohl es seltener zitiert wird“, sagte er. Das Abkommen wende sich ganz klar gegen jede Form von Totalitarismus und sei auch in seiner Absage an eine Kollektivschuld noch immer hochaktuell: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung im Sinne eines ‚nie wieder‘.“

Christa Naaß, MdL a. D., Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, erklärte bei der Vorstellung der Festschrift: „Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen sind auf einem guten Weg des Aufarbeitens der Geschichte, auf einem guten Weg des Miteinanders.“ Die Festschrift diene dabei sowohl der mahnenden Erinnerung als auch als Aufforderung, den Auftrag der weltweiten Ächtung von Vertreibungen weiter zu verfolgen. „Ursachen und Umstände von Vertreibung und Flucht vor 70 Jahren und heute lassen



sich nicht gleichstellen. Aber es lassen sich Lehren ziehen," sagte Christa Naaß.

Abschließend dankte Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, den beteiligten Autoren sowie dem Land Hessen für die finanzielle Unterstützung der Broschüre. „Für mich ist das Wiesbadener Abkommen der Versuch, über Nationalitätengrenzen und auch andere weltanschauliche Grenzen hinweg, auf der Basis von bestimmten Grundwerten eine gemeinsame, friedliche Zukunft aufzubauen.

Die Festschrift „**70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung**“ enthält Beiträge von:

- **Reinfried Vogler**, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Kronberg
- **Volker Bouffier**, Hessischer Ministerpräsident
- **Bernd Fabritius**, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- **Gert-Uwe Mende**, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden
- **Prof. Dr. Manfred Kittel**, Universität Regensburg, Berlin
- **Margarete Ziegler-Raschdorf** MdL a.D., Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Wiesbaden
- **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert H. Gornig**, Universität Marburg
- **Prof. Dr. Rudolf Grulich**, Leiter des Instituts für Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesien e.V., Friedberg/H. (Ockstadt)
- **Bernd Posselt** MdEP a.D., Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft
- **Daniel Hermann**, Kulturminister der Tschechischen Republik a.D., Prag
- **Christa Naaß**, MdL a. D., Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates



05) 100. Todestag des Rübezahl-Autors Carl Hauptmann

Am **04. Feber** gedenken wir des **100. Todestages** von **Carl Hauptmann** (* 11. Mai 1858 in **Obersalzbrunn**, Provinz Schlesien; † 04. Feber 1921 in **Schreiberhau** im Riesengebirge, Niederschlesien). Er war der Bruder des Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann und ebenfalls ein bedeutender Schriftsteller und Lyriker. Literaturgeschichte schrieb er mit seinem „Rübezahl-Buch“, das 1915 auf den Markt kam und demnächst neu aufgelegt wird – wir werden darüber berichten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 3. Feber 2021

06) Opfer der oberschlesischen Tragödie – Heilige Messe in Guttentag. Bernard Gaida berichtet

Bernard Gaida von der deutschen Minderheit in Schlesien berichtet auf Facebook von der Teilnahme an der Hl. Messe vergangenen Sonntag in **Guttentag**, die den Opfern der oberschlesischen Tragödie gewidmet war. Anschließend ging es auf den Friedhof.

[Hier unten sehen Sie den Beitrag samt Bildern.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 16, 2021

Wien/Bad Kissingen, am 02. Feber 2021

Bernard Gaida

Facebook

Sonntag, 31.1. 2021 - 10:53Uhr

In der Maria Magdalena Kirche in **Guttentag** haben wir in der hl. Messe teilgenommen, die den **Opfern der oberschlesischen Tragödie** gewidmet war. Anschließend auf dem Friedhof haben wir Kränze niedergelegt und Kerzen angezündet. Die Rede hat Piotr Gaida (DFK Vorsitzender) gehalten in der alle die in dem Massengrab liegen erwähnt waren. Außer Mitglieder der Guttentager Deutschen auch der Bürgermeister Andrzej Jasiński und Direktorin des Kulturhauses [Agnieszka Hurnik](#) sowie [Marek Wittek](#) der Beauftragter des Oppelner Marschalls für Minderheitenfragen anwesend waren. Das Gebet der Pfarrer Senior Alfred Waindak geführt hat. Mit eine Delegation auch die Deutsche Minderheit aus Lublinitz anwesend war. *(Anm.: Übersetzung)*





07) Liebe zu Polen in Zeiten von Corona und PiS (Januar bis Juni 2020).

Jahresrückblick der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin 2021

25.01.2021 von Christian Schröter

Die Chronik der Ereignisse der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin im Jahre 2020 ergänzt durch *bad news* aus Polen in dem fünften Jahr des PiS-Regimes. TEIL 1.

Das Jahr 2019 war hoffnungsvoll zu Ende gegangen. Auf der Mitgliederversammlung Ende November wurde ein neuer Vorstand gewählt. Im Ergebnis ein verjüngtes Team, unter ihnen auch fünf neue Beisitzer-/innen zwischen 20 und 30 Jahren, die den in die Jahre gekommenen Vorstandsmitgliedern wieder Mut machten. Auf der konstituierenden Vorstandssitzung am 21. Januar war dann einiges mehr an Elan zu spüren, wie man Ideen und Projekte im neuen Jahr in die Tat umsetzen wollte.

Die im Jahre 2019 mit großem Erfolg in vielen Städten präsentierte Bartoszewski-Ausstellung war über den Jahreswechsel hinweg noch im Deutschen Polen-Institut gezeigt worden, mittlerweile die 10. Station auf der Tournee durch Deutschland. Mitte Januar ging die Schau auf die Reise nach Sachsen, wo sie im DIZ auf Schloss Hartenfels in Torgau ab dem 17. Januar 2020 gezeigt wurde.

Zu der Ausstellung „Der Freiwillige – Witold Pilecki und die Unterwanderung von Auschwitz“ lud das polnische Pilecki-Institut uns am 17. Januar 2020 zu einer gemeinsamen Führung durch die Ausstellung in den neuen Räumen des Instituts am Pariser Platz in Berlin-Mitte ein.

Zum Jahresanfang ging es auf „Klassenfahrt“ nach Legnica / Liegnitz

Am 25./26. Januar 2020 fand die erste „Klassenfahrt“ im Kulturzug nach Polen statt. Es ging in die niederschlesische Stadt Legnica, wo wir mit den Polen-Ausflüglern aus Berlin das Wochenende verbrachten. Auf dem Programm waren eine Betriebsbesichtigung bei den Niederschlesischen Eisenbahnen, ein Blick hinter die Kulissen des über Legnica hinaus bekannten Helena-Modrzejewska-Theater und ein Besuch des Kupfermuseum. Für



Sonntag war dann ein Stadtspaziergang mit polnischen Heimatkundlern durch den für Polen lange Zeit verbotenen Stadtteil

(„Klein Moskau“) vorgesehen, in dem seit 1946 russische Truppen mit ihren Familien lebten, die erst 1993 das Land in Richtung Heimat verließen.

In den Wochen vor und nach dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) hatten Verbände, Vereine, Stiftungen und öffentlichen Einrichtungen in Berlin mit einer Reihe von Veranstaltungen aus Anlass der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz vor 75 Jahren gedacht.

Der Corona-Virus wurde im öffentlichen Leben von vielen noch nicht so wahrgenommen und man war geneigt, dem nicht die gefährliche Bedeutung beizumessen. Man begann deshalb mit der Planung von Projekten und Aktivitäten, die man sich für das laufenden Jahr vorgenommen hatte.

Bald kündigten sich jedoch erste Vorboten der Pandemie an, die zu Verboten im Kulturbetrieb führten. Zum vorläufigen letzten Mal lief im BALI-Filmtheater am 10. Februar 2020 ein polnischer Spielfilm: „Planeta Singli“ (Planet Sigl) im Original mit englischen Untertiteln. Es sollte bis zum Herbst der letzte Film sein, der in der Reihe „Kino der Nachbarn“ in einem der ältesten Lichtspieltheater in Berlin-Zehlendorf gezeigt wurde.

„Maulkorbgesetz“ von der Leine gelassen

Neben dem ansteckenden, noch wenig bekanntem Virus erreichten uns aus Polen beängstigende Nachrichten ganz anderer Art: Seit Mitte Februar 2020 trat ein „Maulkorbgesetz“ in Kraft, das von der PiS mit seiner Mehrheit im Sejm durchgesetzt worden war.

Um die von der Regierung als so genannte „Justizreform“ und den damit einhergehenden Konflikt mit der EU zu verstehen, hatte Dr. Peter von Feldmann, ehemaliger Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht Berlin und Mitglied unserer Gesellschaft, diesen Umbau des Rechtsstaates in Polen seit 2015 beobachtet und kommentiert. Für die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin hat er dazu eine gekürzte Zusammenfassung seiner bisherigen Dokumentation zugänglich gemacht, die als DPG-Newsletter verschickt wurde.

Am 1. März übernahm der Historiker und Publizist Zygmunt Stępiński das Amt des Leiters des Museums der Geschichte Polnischer Juden POLIN in Warschau. Damit ging ein monatelanges Tauziehen um den bisherigen Museumsdirektor Dariusz Stola dessen Kandidatur vom Kulturminister Piotr Gliński vehement abgelehnt wurde.

Bartoszewski-Ausstellung erstmals online zu erleben

Unmittelbar vor dem ersten Corona-Lockdown konnten wir noch die Bartoszewski-Ausstellung am 10. März 2020 im Landratsamt Vorpommern-Greifswald in Pasewalk im Land Mecklenburg-Vorpommern einladen. Der Kreistag Vorpommern-Greifswald, das



Bürgermeisteramt der Stadt Pasewalk sowie der DemokratieLaden Anklam und die Bartoszewski-Initiative der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin hatten die Ausstellung in die Grenznähe zu Polen geholt und konnten auch noch nach der Corona-bedingter Schließung die Ausstellung bis kurz vor Ostern erstmalig online zeigen.

Anlässlich des fünften Todestages von Władysław Bartoszewski war am 24. April 2020 ursprünglich ein Symposium und die Eröffnung der Ausstellung „Władysław Bartoszewski 1922–2015 / Widerstand, Erinnerung, Versöhnung mit dem zusätzlichen Thema „Kulturdialog mit Karl Dedecius“ an der Europa-Universität VIADRINA in Frankfurt/Oder geplant gewesen. Aufgrund der aktuellen Situation musste die Veranstaltung und die Ausstellungseröffnung auf den 26. November 2020 verschoben werden.

Die für den 8. April 2020 geplante Eröffnung der Ausstellung „Władysław Bartoszewski 1922–2015“ an der Universität Greifswald musste aufgrund der Coronavirus-Epidemie abgesagt werden. Stattdessen konnte sich Interessenten die Ausstellung per Video in einem virtuellen Rundgang online betrachten.

Film-Dokumentation über Bartoszewski-Ausstellung jetzt online verfügbar

Zum 24. April 2020, dem fünften Todestag Władysław Bartoszewskis, konnte die Premiere einer Film-Dokumentation über die Ausstellung des Brückenbauers zwischen Polen und Deutschland fertiggestellt werden. Der Kurator der Ausstellung, Dr. Marcin Barcz, hat die vier Kurzfilme konzipiert und in Szene gesetzt, um der Öffentlichkeit online den Zugang zu der Ausstellung zu ermöglichen, so dass die gesamte Ausstellung auch in den Zeiten der Pandemie auf sichere und bequeme Weise jederzeit und von überall zugänglich blieb. (Als Vorbereitung auf den virtuellen Rundgang ist die Lektüre der kurzen Ausstellungsbeschreibung auf unserer Homepage zu empfehlen).

Im Mai wurde in Polen der zweite Teil des Films der Gebrüder Siekielski „Zabawa chowanego“ („Versteckspiel“) dem Publikum vorgestellt. Er sorgte in Polen für eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit der Pädophilie innerhalb der katholischen Kirche.

Marsz, marsz Trzaskowski!

Im Monat Juni 2020 richteten sich die Blicke mit Sorge aber auch mit einer gewissen Zuversicht nach Polen, denn die zweite Runde der Präsidentenwahl hatte begonnen. Dabei bewunderten wir aus der Ferne die unglaubliche Aufholjagd des liberalen Kandidaten Rafał Trzaskowski, wie er sich dem bisherigen Amtsinhaber Duda bis auf ein paar Prozentpunkte gefährlich näherte. Nur durch Fake-Kampagnen der PiS und die Unterstützung durch die Kirche hatte die Partei es schließlich geschafft, noch einen knappen Sieg für den bisherigen Präsidenten zu sichern.

Kulturzug vorübergehend auf dem Abstellgleis

Auch der Kulturzug musste wegen der Ausbreitung des Corona-Virus seinen Betrieb auf der Schiene vorübergehend einstellen. Dennoch wurde seine Funktion als



grenzüberwindendes Medium aufrechterhalten und man lud an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden im Mai und Juni zu digitalen Reisen entlang der Oder ein. Nach den virtuellen Fahrten fuhr man ab 26. Juni wieder normal und konnte bis Oktober das Niveau des Vorjahres erreichen.

Resolution für Offenhalten der Grenzen

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband sowie sein Berliner Landesverband setzten sich Mitte Juni in einer Resolution für ein weiteres Offenhalten der Grenzen ein, die aufgrund der Covid-19-Pandemie temporär vielerorts geschlossen wurden. Die gemeinsamen, friedlichen Proteste an den Grenzübergängen fanden Unterstützung und waren ein deutliches Zeichen dafür, wie eng beide Zivilgesellschaften seit Polens EU-Beitritt zusammengewachsen sind.

Die 13. Władysław Bartoszewski-Ausstellung wurde vom 18.6. bis 08.7.2020 im Literaturhaus Halle bereits unter besonderen Pandemie Einschränkungen eröffnet, so dass der Personenkreis bei der Vernissage übersichtlich blieb.

Peinlich oder Absicht?

Neuer deutscher Botschafter wartete auf seine Akkreditierung drei Monate

Bereits im Mai hatte das deutsche Außenamt beim polnischen Außenministerium die Akkreditierung des Botschafters Arndt Freytag von Loringhoven beantragt. Doch die PiS-Regierung weigerte sich mehrere Monate das Agreement zu erteilen. Erst Ende August hatte sie dem Amtsantritt des Botschafters zugestimmt. Ein ähnliches Spielchen hatte man bereits in der ersten Kaczyński-Ära (2005–2007) inszeniert – jedoch mit eigenem Personal. Mit der Ernennung des Botschafters für die Bundesrepublik Deutschland, Dr. Marek Prawda, ließ man sich im Jahre 2006 mehrere Monate Zeit, ehe man das Beglaubigungsschreiben dem designierten Botschafter aushändigte, weil man auch nach längerer Suche in den eigenen Reihen keinen dazu befähigten Kandidaten gefunden hatte.

Ehrengäste bei der ersten Einweihung eines Bartoszewski-Denkmal in Polen

Anfang Juli reisten Anita Baranowski-Koch, Gründerin der Bartoszewski-Initiative und der DPG-Vorsitzende Christian Schröter auf Einladung des Stadtpräsidenten von Sopot Jacek Karnowski zur Einweihung eines Bartoszewski-Denkmal in die Stadt an der polnischen Ostsee.

Der Platz vor dem Zoppoter Bahnhof mit dem Denkmal seines Ehrenbürgers war an diesem Tag für die Opposition des Landes mitten im Wahlkampf die Gelegenheit, auf diese Weise sich an einem Ort in Polen demonstrativ zu versammeln. Viele polnische Persönlichkeiten und Prominente mit Rang und Namen waren bei der Einweihung und anschließenden Enthüllung des Denkmals dabei.



Zu ihnen gehörten Politiker wie die ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski, der frühere Ministerpräsident Polens und Ex-EU-Ratspräsident Donald Tusk und der ehemalige polnische Außenminister Radosław

Sikorski. Selbstverständlich waren auch die beiden Stadtpräsidenten von Zoppot und Danzig, Jacek Karnowski und Aleksandra Dutkiewicz anwesend. Sogar Senatsmarschall Tomasz Grodzki und der stellvertretende Senatsmarschall Bogdan Borusewicz waren zu diesem Anlass nach Sopot gekommen. Małgorzata Kidawa-Błońska ließ es sich als stellvertretende Sejmarschallin nicht nehmen, bei dieser Ehrung für Bartoszewski auch dabei zu sein. Aus Warschau war außerdem der Beauftragte für Bürgerrechte Adam Bodnar angereist. Zu den weiteren Ehrengästen zählten der Historiker Władysław Teofil Bartoszewski, Sohn von Władysław Bartoszewski, und von deutscher Seite Cornelia Pieper, die deutsche Generalkonsulin in Danzig.

Es war allgemein eine unbewusste Aufbruchstimmung an diesen Tag im Lande zu spüren. Es mag vielleicht dem Umstand geschuldet sein, dass der PO-Kandidat Rafał Trzaskowski zur gleichen Zeit in einer atemberaubenden Aufholjagd um das Präsidentenamt seinem Kontrahenten Duda dicht auf den Fersen war und man mitfieberte.

Fortsetzung folgt!

08) „Über Trumpismus auf Polnisch“ schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“

Von allen ostmitteleuropäischen Staaten hat Polen die Transformation nach 1989 wohl am besten bewältigt.

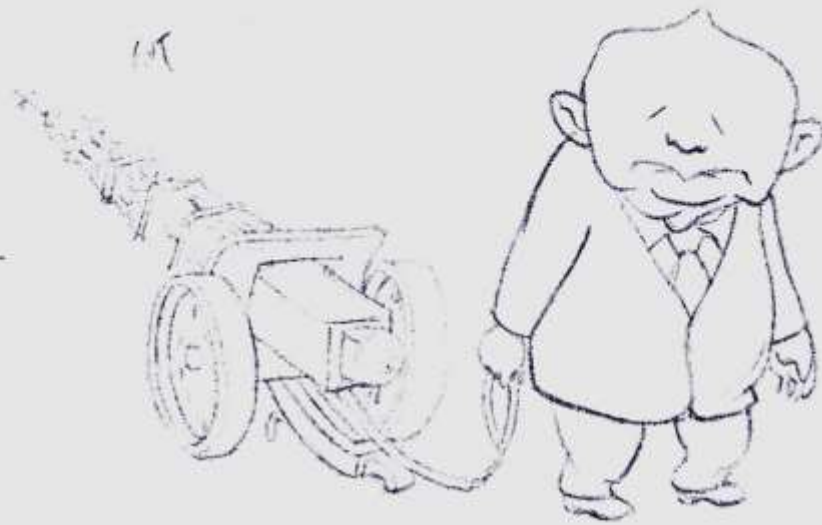
Dennoch hat der Umbruch Gewinner und Verlierer hervorgebracht – und mit ihnen eine Wut und ein Ressentiment, die sich mit rechter Ideologie zynisch bewirtschaften lassen.

(Hinweis durch Christian Schröter von der DPG)

Gastkommentar von Martin Pollack, DIALOG-Preisträger 2017 aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 23.01.2021:



Für die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche innerhalb der polnischen Gesellschaft hat der Rechtschwenk fatale Folgen.



Als im September 1989 in Warschau die erste nicht-kommunistische Regierung angeführt wurde, war das Schicksal der Kommunisten in Polen besiegelt. Doch der Übergang zu einem liberalen, marktwirtschaftlich orientierten System öffnete das Land vor große Herausforderungen. Dennoch gelang es Polen – mit Unterstützung vieler, auch im Ausland – sich innerhalb kurzer Zeit zum Musterbeispiel einer wirtschaftlich und gesellschaftlich gelungenen Transition in Osteuropa zu machen. Eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte.

Davon sind heute nur noch bittere Erinnerungen geblieben. In Europa fragt man sich, was es geschehen könnte, das das Land von dem Weltspitz der Politik und Gerechtigkeit (PIS) 2015 zum Tummelplatz von rassistischen, rechtspopulistischen, fundamental-katholischen und europafeindlichen Kräften geworden ist, vergleichbar mit Viktor Orbán in Ungarn. Eine Erklärung für den Erfolg von Jarosław Kaczyński, dem unangefochtenen Chef der PIS und der reichenden Kraft hinter der radikal rechten Wende, ist zweifellos darin zu suchen, dass die polnische Opposition zunächst gespalten und schwach ist, wie sich bei den Wahlen seit 2015 gezeigt hat.

Nicht alle können fliegen

Mindestens ebenso wichtig: Kaczyński hat es nicht erlaubt, verschiedene Strömungen der polnischen Gesellschaft zu mobilisieren, welche die liberalen Regierungen vor ihm unglücklich verdrängt hätten. Die Wähler der radikalen nationalistischen, grossen Teile der katholischen Bevölkerung sowie Arbeiter und Pensionisten. Dem gegenüber stehen die informellen Eliten, welche nach der Liberalisierung die sich bilden konnten. Die politische Sozialistin Karolina Wiśniewska macht hier den Vergleich zwischen «frapant flimsy, aber strikte, rechtlichen Anforderungen» und «intelligent flimsy, den informellen Leuten, die sich an der Regel gedrückt fühlen».

Es ist dies eine Spaltung der Gesellschaft, die Kaczyński und seine Anhänger ständig vertiefen, weil sie ihre Macht darauf gründen. Sie lehnen einen krassen Anti-Intellektualismus und Anti-Elitarismus ab, obwohl sie alle Privilegien, die mit der Zugehörigkeit zur Elite verbunden sind und noch nie ganz leicht für sich in Anspruch nehmen. Eine politische Version des Transparenz.

Der romanisierte Polakologe Roman Kucner, Professor an der Universität Warschau, nennt die PIS «eine Partei mit starken neobolschewistischen Instinkten», die nicht ohne den Krieg leben können und keine Partei gegen westliche Gruppen der Gesellschaft führt: gegen unabhängige Richter und kirchliche Institutionen, Schulen und Lesben und Jünglinge gegen die Frauen, die gegen eine Verschärfung der ohnehin schon Abhängigkeitsgesetzte protestieren und massenhaft auf die Strasse gehen, angeführt der zunehmenden Brutalität der von Regime gegen sie angedrohten Subjektivität.

Durch diese mit ihm selbst angestrichelten Krieg sieht sich Kaczyński umgeben, alle demokratischen Regeln zu missachten und seine Gegner, wenn möglich, oder ziele, sträflichlos zu verfolgen. Er spricht nicht von polnischen Gegnern, sondern von Feinden, die es zu vernichten gilt. Ein radikaler Schwarz-Weiss-Denken. In der politischen Gefährdung. Darunter, wahrten Polen, die sich unter dem Schicksal «Boghomor, ojczyzna» (Gott, Ehre, Vaterland) bem-

Trumpismus auf Polnisch

Von allen ostmitteleuropäischen Staaten hat Polen die Transformation nach 1989 wohl am besten bewältigt. Dennoch hat der Umbruch Gewinner und Verlierer hervorgebracht – und mit ihnen eine Wut und ein Ressentiment, die sich mit rechter Ideologie zynisch beutrschafften lassen. Gastkommentar von Martin Pollack

mehr, dort die Verlierer, die es sich zum Ziel gesetzt haben, das «grosse katholische Polen» in der Welt anzuknüpfen.

Zu neuen Feindbildern wurden auch die EU und vor allem Deutschland erklärt, die sich angeblich verschrieben haben, Polen als «Bolschewik» des Ostens in Europa zu dritteln und «nicht in die Knie zu zwingen, wie das die Kommunisten und vor ihnen die Deutsche getan haben. Verschwörungstheorien gehören zum angeblichen Instrumentarium der PIS-Propaganda, die unabhängig die Mahnung trägt: Polen müsse sich von den Knieen erheben und den ihm zurechnenden Platz in Europa zurückerobern. Dazu in diesem Zusammenhang gern das deutsche Schwarzgeopost herangezogen wird, dessen in die Propagandastrommel der Kommunisten.

Die EU von deren finanziellen Zuwendungen Polen abhängig ist wie kein ein anderes Land in Europa, wird von der offiziellen Propaganda gern mit der Sozialisation verglichen, dem Ausband des Bösen. «Wir haben in Europa ein Neozin erreicht, das schlimmer ist als in der Sowjetunion und im Kommunismus», versetzt kirchlich die Bildungsminister Przemysław Czarnek, der dafür Bischof verantwortlich macht. Die dort referierenden «europäer» hatten eine «Zerbrechung des Tendes» heraus beschritten, weil sie «mit ihrer Ideologie genau als deutschen marxistischen Wurzeln wachsen wie das Kommunismus der Bolschewisten und der Nationalsozialismus». Dem neuen Polen, das für die Erfüllung der «wahren christlichen» Werte steht, machen die, sein Feind.

Bestenfalls Alltagsgenuss scheint die PIS-Propaganda dem angeblich aggressiven Voranschreiten einzelner Minderheiten, subsumiert unter der Formel LGBT. Wie erfolgreich diese Propaganda ist, beweisen die zahlreichen Städte und Gemeinden, die sich in letzter Zeit zu «LGBT freien Zonen» erklärt haben, was im freien Europa mit Faszination beobachtet im Kontext geschehen wird. Zu nicht als wachsenden Protesten können die EU sich nicht durchbringen.

«Verteidigen wir die Familie gegen diese Form der Verdrehung, der Entwertung und das Abnutzen eines natürlichen Verhältnisses, Verteidigen wir uns gegen die Ideologie von LGBT und hören wir auf, uns die Fähigkeiten von irgendwelchen Menschen zu machen und irgendwelcher Gleichheit anzuhängen, werrere der bereits erzieht Angst und Unverständnisprofessor Czarnek vor fünfzig Jahren, danach nach Mitglied des Status von Staatspräsident Andrzej Duda. Der Weg hin zu einem autoritären Staat scheint klar vorgezeichnet.

Einem wichtigen Bischofsgenossen in diesem Kampf gegen die Familie in der katholischen Kirche. Die Bischöfe, aber auch einfache Priester identifizieren sich mehrheitlich mit dem überhaupen Nationalismus, der Patriotendlichkeit und der Ablehnung aller Andersdenkenden und sehen sich nicht, ihre Unterstützung für das Regime von der Kanzel herab zu erklären. Bedingungen. Bei der jüngsten Gottesdienste für die Opfer des von den Kommunisten angeordneten Arbeitermassakers im Dezember 1970 in Danzig warf der Bischof der Erzbischof Górnja, Władysław Świątek, in seiner Predigt den protestierenden Frauen vor, sie seien «verurteilt in der vertrocknenden Ideologie»-verhaftet, die jene Massaker zu verantworten habe, und wählten «am jeden Preis das Christentum und damit die zivilisierte Welt vorzuziehen».

Radikaler Vertrauensverlust

Für die Glaubwürdigkeit der Kirche innerhalb der Gesellschaft hat der Rechtschwenk fatale Folgen. Nach jüngsten Umfragen lebten nur noch 40 Prozent der Polen die Kirche in Vertrauen, während sich 42 Prozent von ihr distanzieren. Nicht vor wenigen Jahren schien ein solcher Vertrauensverlust undenkbar. 2017 erklärten 51 Prozent, sie vertrauten der Kirche, während nur 26 Prozent das in Abrede stellten. Auch liturgisch denkende Klareer beklagen den Engagement

der Kirchenführung für die demokratiefeindliche Politik der Rechtspopulisten, die sich längst nicht mehr auf die Anhänger der PIS beschränken. Der Dominikankopfer Paweł Gąsnyki konsolidierte vor Kurzem in einem vielschichtigen Beitrag in einer oppositionellen Tageszeitung, die Kirche sei «moralisch, intellektuell und geistig bankrott».

Das zeigt auch auf den Umgang der polnischen Kirche mit den immer öfter an die Öffentlichkeit dringenden Missbrauchsfällen ab die vor allem von den Bischöfen bis heute vertuscht werden. Die wachsende Kritik an diesen Zuständen wird zur Verschönerung gegen Polen und die katholische Kirche rufen. Ein trauer Ignazowski für die Kirche, die, obwohl im öffentlichen Leben nicht wie vor eine wichtige Rolle spielt, wie das Beispiel des Bischofspräsidenten Tadeusz Rybicki zeigt, einen engen Vertrauten Kaczyński. Der Ordensmann hat mit Hilfe der ISS in Italien ein neues Medienimperium errichtet, mit Radio- und Fernsehstationen, Zeitungen und Zeitschriften und einem eigenen Verlag. Ein Sprachrohr des radikal nationalistischen, oft unerbittlich antisemitischen Käses, der in der Kirche inzwischen zum Mainstream gehört. Rybicki hat sich im Verlauf der Jahre eine Position geschaffen, die ihn zur grossen Emmanz in rechtspopulistischen Lager macht.

Wachsende Brutalität

Zu Beginn seiner Regierung konnte sich Kaczyński wohl auf eine erhebliche Mehrheit der Bevölkerung stützen. Es ist nicht unverständlich, dass er auch heute noch freie Wahlen gewinnen könnte, doch angesichts ist das nicht. Daher die unabhässig wachsende Anabildung der Demokratie und ihrer Institutionen, begleitet von der wachsenden Brutalität mit der das Regime alle Proteste mundtot macht. Das erweist an der verwerfliche Berichten der Kommission, mit demselben Maßstab die Nachgewiesen gegen zunehmende Proteste zu verteidigen.

Kaczyński, als unerschrocken und introvertiert bekannt, hat Angst vor dem Volk, das ihm immer öfter den Gehorsam aufkündigt. Am 13. Dezember 2010, dem Jahrestag der Ausrufung des Kriegesrechts durch General Józef Piłsudski im Jahr 1918, wurde die luxuriöse Villa des PIS-Chefs durch ein starker Polizeiaufgebot abgeschützt, darunter nicht weniger als 42 Streifenwagen. Allerdings könnte Kaczyński auch mit den eigenen Rechten, die er sich durch die Haltung von Zbigniew Ziembro zeigt, dem Justizminister und Generalstaatsanwalt, der den Minister immer öfter gewarnt und rechts zu überholen droht.

Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist ungewiss, doch alle Rechtspopulisten und Chauvinisten müssen sich den widerständigen Zivilgesellschaft stellen, die Tag für Tag zeigt, dass sie sich von Polarisierungspunkt und harten Strichen nicht mehr zurückziehen lassen. Vor allem Frauen und Jünglinge stellen sich der drohenden Repressionen in Richtung eines verfallenen Staat konzip entgegen. Auch sie stellen sich die Hoffnung, dass Polen den Weg zurück findet, in ein liberales demokratisches Europa.

Martin Pollack, 1944 geboren, lebt als Schriftsteller, Publizist und Übersetzer in Wien. Von 1987 bis 1998 war er stellvertretender Leiter des Österreichischen Instituts für Europa und Übersetzungen an der Universität Wien. Zuletzt erschienen 2019 sein Buch über den Autor «Die Frau ohne Gesicht» und sein Roman «Der Mann».

09) „Nicht zu fassen“ – Presse-Artikel mit gehörigem Fauxpas

Immer wieder finden wir in diversen Medien Beiträge über **unsere Volksgruppe** und das leidige Thema der Vertreibung – an sich erfreulich, da dies hilft, im kollektiven Gedächtnis zu verbleiben. Warum **Anna Bauer** in der „Presse“ aber über „deutschstämmige Tschechen“ schreibt, ist uns ein Rätsel. [Hier sehen Sie den Beitrag](#), und [hier die wichtige Richtigstellung von Lm. Rogelböck](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 18, 2021

Wien, am 04. Feber 2021

09.a) Die Richtigstellung von Landsmann Hubert Rogelböck

Von: Office [<mailto:office@sdjoe.at>]
Gesendet: Samstag, 30. Jänner 2021 18:13
An: 'leserbriefe@diepresse.com'
Betreff: Leserbrief

Wien, am 30.1.2021

Werte Leserbriefredaktion!

Mein Leserbrief betrifft den Artikel "Es war nicht zu fassen" im Spectrum Seite IV.

LESERBRIEF

Im Spectrum-Artikel von Frau Anna Bauer „Es war nicht zu fassen“ vom 30.1.2021 war u.a. zu lesen: „Die Familie meiner Mutter waren **„DEUTSCHSTÄMMIGE TSCHECHEN“**, die mit Kriegsende aus Tschechien vertrieben wurden ...“

Anscheinend ist der Dame nicht geläufig, dass dieser Ausdruck völlig falsch ist, denn vertrieben wurden SUDETENDEUTSCHE (Altösterreicher)!

Es gibt daher keine „deutschstämmigen Tschechen“ so wie es auch keine tschechischstämmigen Deutschen gibt. Entweder sind es Deutsche oder Tschechen - aber nicht so wie im Artikel genannte Menschen! Man sollte doch bei den richtigen Ausdrücken bleiben!

Ebenso waren die Sudetendeutschen **keine Flüchtlinge**, sondern **Heimatvertriebene**, die zumeist nicht willkommen waren, weder in Deutschland und ebenso nicht in Österreich - leider. Dabei ging es den Sudetendeutschen in Deutschland a la longue besser als in Österreich, denn dort gab es einen Lastenausgleich, bei uns nur Brosamen und in Österreich erhielten die meisten von ihnen die österreichische Staatsbürgerschaft erst ab etwa 1953 -1956!

Das hätte man in diesem Artikel auch erwähnen sollen.

Hubert Rogelböck

➤ 9.b) Das „Corpus delict“ – „Die Presse“, nächste Seite:



Anne tief, ich weiß nicht, ob Cas
lauer", sagte meine Großmutter zu meiner damals siebenjährigen Mutter, als sie im April 1940 in der Daulow des Konzentrationslagers Hodonin/Hodonin bei Olomouc stand. Die Familie meiner Mutter waren deutschsprachige Tschechen, die mit Kriegsende aus Tschechien vertrieben wurden und Teil einer riesigen Heimatlosen, durch Europa streifenden Masse von 30 Millionen Menschen waren.

Das Lager Hodonin, in dem sie kurzfristig festgehalten wurden, war vor den Nationalsozialisten als Arbeitslager für Roma und Sinti errichtet worden, die von dort aus in die Vertriebslager transportiert wurden. Nach dem Krieg diente Hodonin, wie viele andere Konzentrationslager, als Lager für Displaced Persons. Mit der Befreiung der Gefangenen eines Konzentrationslagers endete also nicht die Geschichte eines solchen Lagers. Die Lager wurden nicht sofort abgerissen, überbaut oder von den westlichen Alliierten zu Denkmälern der Massenerziehung gemacht. Sie wurden von den Alliierten genutzt, um Kriegsgefangene unterzubringen, Displaced Persons fanden dort eine sehr bescheidene Wohnmöglichkeit.

Das Vorgehen der Alliierten gegenüber den jüdischen Gefangenen schwankte. Zuerst wurden sie nach ihrer Nationalität eingeteilt. Im schlimmsten Fall lebten sie mit ihrem künftigen Peiniger im selben Lager. Manchmal sie aus einem ehemaligen Feindland, wurden sie wie der ehemalige Feind behandelt. Schließlich wurden die jüdischen DP's in eigenen Lagern untergebracht. „Wir schrieben die Juden wie die Nazis zu behandeln, mit der Ausnahme, dass wir sie nicht vernichten. Sie sind in großer Zahl in Konzentrationslagern untergebracht und werden anstelle der SS-Truppen von unseren Militärs bewacht. Man muss sich die Frage stellen, ob die Deutschen, wenn sie dies beschaffen, nicht vernichten, dass wir die NS-Politik fortsetzen oder sie jedenfalls gutheissen.“ (E. G. Harrison, Anwalt und Beauftragter für die Angelegenheiten des DP's.)

Eine Rückkehr in die von der Sowjetunion besetzten Gebiete war nicht immer möglich, da die Sowjets den Transport der Rückkehrwilligen ablehnten, sich 1946 die polnischen Konzentrationslager leeren und immer noch jüdischer Antisemitismus, vor allem in Polen, herrschte. Eine Juden sollten in den Lagern der Jahre bis zur Gründung des Staates Israel fest, da eine Auswanderung, selbst auch immer, schwierig war. Der Miliz der Konzentrationslager war unterschiedlich lang gefällig. Bergen-Belsen wurde im August der 1950er Jahre genutzt und Nordlag Neu-Holten genannt. Das Konzentrationslager Niederhagen bei Westerborg war sogar bis 1967 von DP's besetzt.

Erlernen demokratischer Strukturen

In den Lagern der Westalliierten, bei den Sowjets gab es keine Lager für DP's, wurden die deutschen Kriegsgefangenen einer Reorganisation, dem Erlernen demokratischer Strukturen, unterzogen, zuerst oder minder intern. Die Kriegsgefangenen in diesen Lagern sahen sich als „Opfer allierter Siegermächte“ und dokumentierten mit ihren Berichten selbstkritisch und unterschiedlich Lagerführung. „Der Engländer lässt jetzt alle Lebensumstände durch, die er sieht, welche gesundheitlichen Schädigungen durch die lange Hungerzeit entstanden sind. Wir haben auch der ersten Kälteperiode sogar Decken und etwas Heizmaterial bekommen. Ich bin ganz gesund, aber viele Kameraden haben geschwundene Gesichter und Füsse als Hungertrichströmungen. Seit

30 Millionen Displaced Persons irren nach dem Zweiten Weltkrieg durch Europa. Konzentrationslager dienten oft als Unterkunft für Vertriebene, ehemalige KZ-Innen und Kriegsgefangene der Alliierten. Manchmal wohnten jüdische Überlebende mit ihren früheren Peinigern Tür an Tür.

Von Anna Bauer

„Es war nicht zu fassen“

berühlt gefällig. Einer Schenker Heiterlich, der unterzogen für Euch alle im KZ sitzt. (Studenten Heiterlich jagten aus dem belarischen Internierungslager Nemungom.)

Interniertes ehemaliges Verwaltungspersonal erlebte den anderen Internierten, wie gut es den KZ-Häftlingen angeteilt ging, im Vergleich zu ihnen. „Die Internierten (genannt sind KZ-Häftlinge) arbeiten in der Wälderfabrik in der Waffenherstellung. Bekamen a. a. 600 g Brot, 2000 g Kartoffeln, morgens und abends eine süße Suppe usw. Sie hatten betriebsliche, hatten eine Kantine, sogar ein Badell, bekamen Rikros-Palats und können 2 Mal in der Woche schlafen. - Das ist nur ein berufliches Nazi-KZ - und wie vergewaltigt wir im Gegensatz dazu.“ (Tagebuch Helmut Volker.)

In Bergen-Belsen (Städte Neu-Holten) lebten neben Flüchtlingen auch Besatzungsangehörige, die sich nicht mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzen. Sie sahen sich als Kriegsgefangene und tabuisierten das Thema Konzentrationslager. „Meine Mutter, mein Vater, Nichten und ich wurden von Engländern vom Achterberg vertrieben und mussten nach Bergen-Belsen in das KZ. ziehen, und zwar in dem Teil, der vor dem abgebrannten Massengräbern und vor dem niedergebrannten Baracken der langhaarigen Häftlinge lag. Der Lebensabschnitt Barackenlager im KZ mit seinen unordentlichen, hartem, ungelüfteten und auch unvollständigen Ereignissen bleibt mir in meiner Erinnerung.“ (Inge S.)

Die Belagerung der Baracken war unterschiedlich. In der Regel standen einer Familie 25 Quadratmeter zur Verfügung, zum Beispiel lebten in Baracke 6 auf 36,7 Quadratmetern sieben Personen, in Baracke 1 und der „Waldbaracke“ auf 326 Quadratmetern 31 Personen. Vertriebt wurde die Wohnsituation durch illegale Umverteilung

von Personen, die in der Nachkriegszeit auf der Suche nach Arbeit und Nahrungsmitteln in die Nähe des DP-Camps zogen. Zehntausende, die als Kinder in Bergen-Belsen (Neu-Holten) aufwuchsen, erzählen von Verunsicherung und Not. Die Bewohner der umgebenen Orte begrenzten den Flüchtlingen mit Vorurteilen, Absottungen und Stigmatisierungen. Flüchtlinge wurden als schlechtes, stöcklich verwöhntes Gesindel bezeichnet. „Jugendburschen einmal pflücken Natchen und ich einen großen Müchopf voll Brombeeren und gingen damit stolz nach Hause. Dabei hatten wir die Beeren unter den größten Ängsten und schwierigsten Bedingungen gepflückt. Wenn wir durch vorherigerweise unter dem Startheldrücken durchgekrachten, der die Massengräber einleitete. Dort wartete der dicke und schämige Braunbrosen.“ (Inge S.)

Die Kinder fanden immer wieder menschliche Knochen und andere Dinge aus der nationalsozialistischen Zeit des Lagers in einer Senke hinter der Schule. Die Fragen nach dem Konzentrationslager wurden von den Erwachsenen mit den Worten „Alles Lager“ abgewehrt. Ein reines Flüchtlingslager war das Lager Wälderfabrik. Dieses Lager wurde 1945 als provisorisches Nebenlager des KZ Neuungom errichtet und diente der Aufnahme von Häftlingen, die vor den heranrückenden Alliierten „evakuiert“ wurden. Die 15-jährige Liesel U, erzählte dieses Lager nach erfolgloser Flucht, im August 1946, mit ihrer Familie. „Vollig erschöpft kamen wir in dem Lager an. Mitten in der Erde, umgeben von halb fertigen Steinmauern. Wald und Grasdüden, sollte unser neues Zuhause sein. Das Umfeld war schrecklich. Die Erde schmeckte in unserem Gesichtern riesengroß. Man sollte ja keine Ansprüche, wusste man doch zu gut, wie die allgemeine Notlage nach dem Krieg war. Was wir aber im Lager Wälderfabrik erlebten, war nicht zu fassen. Unsere Baracke, Nr. 58 genannt, war ein steinernes, kalt, Ziegelsteinbau, und besaß weder Türen noch Fensterschließen noch irgendein Mitterstück im Raum. Der Wind legte quer durch die Baracke, in einer Ecke stand ein gewissermaßen tiegelähnlicher Ober, niedrig, in der Mitte mit einem offenen Feuerloch versehen. Offensichtlich sowie Absichtpläne gab es nicht, ein Wärmestrahlung war nicht zu denken. Es dauerte nicht lange, da lief das Schmelzwasser von den Wänden. Die Räume waren ca. 16 m² groß und für je eine Familie gedacht.“ Das Verlassen des Lagers war nicht erlaubt.

Politisch unerwünscht

Flüchtlinge waren nicht willkommen, und manche Zeitungsartikel von damals klangen launig erstickend. „Allerdings bekämpften wir auch die krievische Ausweisung jener DP's, die die österreichische Gastfreundschaft missbrauchten. Für die Notlage jener DP's, die sich in Österreich anständig aufhalten und einer ethischen Arbeit nachgehen, haben wir das größte Verständnis. Hungergebeden arbeitsuchende Eltern, die von Tag zu Tag in zunehmendem Maße an allen möglichen Exzessen ... beteiligt sind, bis einem Geduld eine Belastungsschwelle, die nicht länger widerstandsfähig länger stehen werden kann. In Bezug auf sie gibt es nur eine Familie: Schicksal sie ab, wobei sie kamert!“ Die DP's wählten als Gefährte für den Arbeitsmarkt und die kritische Ernährungslage nach dem Krieg gesehen. Sie waren politisch unerwünscht und stießen nach österreichischer Sicht eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Die Amerikaner versuchten, die Flüchtlingssituation zu koordinieren, die anderen Alliierten und Österreich konnten als einzige Reaktion nur das Sperren der Grenzen. DP's waren allerdings wichtige Arbeitskräfte, da sie die kriegsbedingten Verlust an Arbeitskräften ausfüllten. Viele Arbeitgeber misstrauten ihnen, behandelten sie schlecht und bezahlten sie nur niedrige Löhne. Erste Anfang der 1950er Jahre war eine deutliche Meinungsänderung zu bemerken.

Die Familie meiner Mutter hatte das Glück, nach etwa einer Woche das Lager Hodonin mit der Bahn verlassen zu können. Es gab Züge nach Osten und Westen, und bis zum Schluss war unklar, in welche Richtung sie führen. Als eines Tages keine Menschen mehr aus den Viehwagen schauten, sondern Elfen, wusste sie, sie sind in Westen. Meine Familie wollte nach Österreich, entweder zu Oskar Franz und Tante Malvina in Pöggstall oder zu dem Bruder meiner Urgroßmutter in Klosterneuburg. Sie gingen stattdessen nach Bayern. Das vom Vater meiner Urgroßmutter so gebaute Schmalzgefackel gab dem Anschlag, zudem lag Bayern nicht in der russischen Zone.



Die Belagerung der Baracken war unterschiedlich. In der Regel standen einer Familie 25 Quadratmeter zur Verfügung, Flüchtlingslager des Roten Kreuzes, Nachkriegszeit.

10) Kirche unter dem Kreuz. Zur Lage der christlichen Armenier im Konflikt um Bergkarabach. Von Andreas Goetze

Die Region Bergkabach ist eine Bergregion, die seit Jahrhunderten überwiegend von Armeniern bewohnt wird und auf Armenisch Arzach heißt. Sie liegt im östlichen Südkaukasus zwischen der heutigen Republik Armenien im Westen, der Republik Aserbaidschan im Osten und dem Iran im Süden. Ihr Gebiet ist ungefähr doppelt so groß wie das Saarland. Die zahlreichen uralten Kirchen und Klöster lassen die kulturelle Prägung dieser Region erkennen. Gegenwärtig leben dort knapp 150 000 Armenier, 100 000 sind nun auf der Flucht.

„Die Spuren der historischen Präsenz der christlichen Armenier sollen ausgelöscht werden.“

Trauer spiegelt sich in den Augen des Katholikos Karekin II., dem Oberhaupt der Armenisch-Apostolischen Kirche. Nach der Eroberung der Stadt Shushi in der Region Bergkarabach zerstörten aserbaidchanische Soldaten die Kirche St. Johannes Mkrtich. Schon zuvor wurde die Erlöser-Kathedrale durch Raketenbeschuss stark beschädigt. Die Sorgen des Katholikos sind nicht unbegründet. Die Türkei und Aserbaidschan haben das kleine Land Armenien schon lange in die Zange genommen.

Pogrome schon im Osmanischen Reich

Aus den Turkmenen, den im Mittelalter erwähnten Stämmen, sind die heutigen Völker der Türken und Aserbaidschaner hervorgegangen, die überwiegend sunnitische Muslime und Aleviten sind. Den turkmenisch-muslimischen Herrschern war die christliche Präsenz in der Region stets ein Dorn im Auge. Schon in der Zeit des Osmanischen Reiches wurden die Armenier, Aramäer und Pontos-Griechen mehrfach Opfer schlimmster regierungsamtlich geförderter Pogrome und Massaker. Allein zwischen 1894 und 1896 wurden unter der Herrschaft von Sultan Abdul Hamid II., einem engen Verbündeten des damaligen deutschen Kaisers Wilhelm II., bis zu 300 000 Armenier von der osmanischen Obrigkeit und mit ihr verbündeten kurdischen Hamidiye-Banden ermordet. 1915 setzten die sogenannten Jungtürken im Schatten des Ersten Weltkriegs mit stillschweigender Billigung der Regierung des Deutschen Reichs einen Völkermord an der armenischen Bevölkerung fort, der bis heute von der Türkei nicht als solcher anerkannt wird. Ihm fielen bis zu eineinhalb Millionen Armenier zum Opfer. Die Mehrheit von ihnen wurde auf Todesmärschen in die mesopotamische Wüste getrieben.

Armenien – das älteste christliche Land

Schon im Jahre 301 nach Christus war Armenien ein christliches Land. Die Armenische Apostolische Kirche ist die älteste Staatskirche der Welt. Die Kirche wird apostolisch genannt, weil ihre Gründung auf die Apostel Thaddäus und Bartholomäus zurückgeht, die in Armenien gelehrt haben und die ersten Gemeinden gegründet haben sollen. Das Land liegt „nahe am Paradies“, denn hier entspringen der Tradition nach die vier Paradiesflüsse. Auf dem Berg Ararat ist dereinst die Arche Noah gestrandet. Diesen Berg, der heute in der Türkei liegt und der den Armeniern als heilig gilt, können sie allerdings nur über Georgien erreichen, denn die armenisch-türkische Grenze ist geschlossen. Zu Armeniens



christlichem Erbe gehören nicht nur Klöster, sondern auch Manuskripte, Liturgien und vor allem die Kreuzsteine, die „Chatschkare“. Überall in den Gebieten des alten Armenien finden sich diese Kreuzsteine und bezeugen die Geschichte des ältesten christlichen Landes der Welt mit eigener Sprache. Im Jahr 404 erschuf der Mönch Mesrop Maschtoz das armenische Alphabet und bereitete damit den Weg für die Übersetzung der Bibel und der Ausprägung einer eigenen armenisch-christlichen Identität. Auch in der Diaspora, in der etwa sieben Millionen Armenier*innen leben, wird die Sprache gepflegt.

Armenien ist ein Brückenland in vielfältiger Hinsicht und kennzeichnet ein reiches, geschichtsträchtiges Erbe: 5000 Jahre Kultur zwischen Europa und Asien. Es lag im Schnittpunkt der römisch-hellenistischen Welt und ist von der persischen Kultur mit seiner Religion von Zarathustra geprägt. Man sagt, es gäbe in Armenien an die 4000 historische Stätten. So wird Armenien auch ein „Museum unter freiem Himmel“ genannt. Diese reiche Kultur ist immer wieder bedroht. Das wissen die Armenier*innen aus ihrer langen leidvollen Geschichte. Wenn heute der türkische Präsident Erdoğan davon spreche, „das zu beenden, was die Vorfahren begonnen hatten“, könnten die Armenier nicht einfach wegsehen. „Und das sollte die Welt auch nicht!“, sagt Vartkes Alyanak, - Vorsitzender der armenischen Gemeinde zu Berlin. „Es geht nicht um ein Stück Land, es geht um die Existenz eines ganzen Volkes mit langer, aber trauriger Geschichte. Die Menschen in Bergkarabach wissen, dass sie diesen Kampf entweder gewinnen werden oder aber das armenische Leben auch in Bergkarabach für immer ausgelöscht sein wird.“ Ende September startete Aserbaidschan einen erneuten Versuch der militärischen Rückeroberung Bergkarabachs, das 1921 gegen den Willen der armenischen Mehrheitsbevölkerung von den Sowjets Aserbaidschan unterstellt wurde und sich 1991 im Zuge der Selbstauflösung der Sowjetunion von Sowjet-Aserbaidschan für unabhängig erklärte. Es war nicht der erste Angriffskrieg des postsowjetischen Aserbaidschan auf Bergkarabach. Aber es war der bisher verlustreichste Krieg, sieht man von den Jahren 1992 bis 1994 ab. Bis zu 100000 Karabach-Armenier, vor allem Frauen und Kinder, Alte und Gebrechliche sind aktuell auf der Flucht. Drei Waffenstillstände wurden bisher verletzt. Aserbaidschan beging nach Berichten von „*amnesty international*“ zahlreiche Kriegsverbrechen, darunter der Einsatz international geächteter Streubomben, der Beschuss ziviler Einrichtungen, einschließlich Schulen, Krankenhäuser sowie Kirchen und Wohnhäuser.

Bereits Ende der 1990er Jahre hatte Aserbaidschans Regierung armenische Kreuzsteine in ihrer Provinz Nachitschewan zerstören lassen. Deshalb wundert es Katholikos Karekin II. nicht, wenn er einen aserbaidchanischen Offizier auf dem Dach einer armenischen Kirche stehen sieht. Tatenlos muss er schmerzvoll mit ansehen, wie der Offizier seine Hände in die Luft hebt und minutenlang, so laut er kann, ruft: „Allahu Akbar.“ Seine Soldaten wiederholen das im Chor. So feiern aserbaidchanische Soldaten ihren Sieg über Armenien im Krieg um Bergkarabach. Deshalb versuchen viele Bewohner Bergkarabachs, noch auf der Flucht die über 800 Jahre alten Kreuzsteine und viele Kirchenschätze aus der Region nach Armenien mitzunehmen.

Aserbaidschan wird von der Türkei unter Präsident Erdoğan unterstützt, der seit Mitte der 2000er Jahre Aserbaidschan offen als „Bruderstaat“ bezeichnet. Die durch die Türkei angeworbenen islamistischen Kämpfer aus Syrien unterstützten Aserbaidschan und ließen den zahlenmäßig unterlegenen Armeniern keine Chance. Anfang November befand sich Aserbaidschan kurz vor einem militärischen Sieg über die Truppen von Armenien und die Einheiten von Arzach. ►

Waffenstillstand verschleiert wahren Grund des Krieges

Nach sechswöchigem Krieg vereinbarten Armenien und Aserbaidschan Anfang November einen von Russland vermittelten Waffenstillstand. Der Waffenstillstand verhinderte den vollständigen Zusammenbruch. Gleichzeitig verschleiert er den wahren Charakter dieses Zermüblings- und Vertreibungskrieges durch Ascherbaidschan und die Türkei und verstärkt die Flucht und Vertreibung der Armenier*innen aus Arzach. Wehmütig sagt Arnoush, die als Reiseleiterin in Armenien arbeitet: „Überall sind dort wunderbare Granatäpfel-Gärten. Aber jemand anderes wird nun die Ernte einfahren.“ Die Geschichte Armeniens und der Armenier*innen ist tragisch genug. Deutschland hat daran einen historischen Anteil. Auch deshalb darf es jetzt kein Schweigen und Wegschauen geben. Denn der Konflikt um Bergkarabach kann sich auf ganz Armenien ausweiten. Unsere christlichen Geschwister brauchen unsere Solidarität, unsere Gebete und aktuell vor allem politische Unterstützung.

Andreas Goetze ist Landespfarrer für Interreligiösen Dialog der EKBO.

Die Kreuzstein-Kultur ist das spirituelle Erbe Armeniens. Kein Kreuzstein gleich dem anderen. Sie werden „Chatschkare“ genannt, „Kraftsteine“. Ein „Chatschkare“ ist ein zusammengefasstes Glaubensbekenntnis und zeigt in der Regel drei Wirklichkeitsebenen. Im Zentrum ist das Kreuz als Lebensbaum. Die untere Ebene zeigt das Erdinnere beziehungsweise die Unterwelt. Oben ist der Bereich der himmlischen Welt. Christus ist derjenige, der die Welten verbindet und verwandelt, weil er am Baum des Lebens die Früchte des Paradieses, Granatäpfel und Weintrauben teilt – und so den Bedrängten und Verfolgten Hoffnung schenkt: „Heute ist deinem Haus Heil widerfahren ...“ In der Schwachheit und Bedürftigkeit eines Kindes im Stall in Bethlehem bricht sich die Erlösung für die Welt Bahn. Und so heißt es in einem armenischen Gebet: „Christus, unser Gott, Behüter und Hoffnung der Gläubigen, bewahre und erhalte dein Volk unter dem Schutz deines heiligen und ehrwürdigen Kreuzes in Frieden.“

(der Beitrag wurde vermittelt durch Pfarrer Steffen Reiche, Berlin-Nikolassee)

11) Nachrufe auf Gernot Langes-Swarovski

Gernot Langes-Swarovski (1943 – 2021) stand 35 Jahre lang an der Spitze des Kristallkonzerns [„Swarovski“](#), der seinen Ursprung in **Nordböhmen** (Georgenthal bei Gablonz) hat und ebendort 1895 von Daniel Swarovski gegründet wurde.

[Hier können Sie auf der nächsten Seite zwei Nachrufe auf den Urenkel des Gründers \(SN, Standard\) lesen.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 03. Feber 2021



Gernot Langes-Swarovski 1943–2021

Wattens – Gernot Langes-Swarovski ist am Donnerstag im 77. Lebensjahr nach langer Krankheit im Beisein der engsten Familie gestorben. Das teilte das Swarovski-Unternehmen am Freitag mit. 35 Jahre lang stand Gernot Langes-Swarovski als geschäftsführender Gesellschafter an der Spitze des Kristallkonzerns. Mit 17 Prozent war er größter Einzelgesellschafter.

Der schillernde Tiroler Unternehmer war Urenkel von Daniel Swarovski, der den Betrieb gegründet hatte. Auch nach seinem Abschied von der Unternehmensspitze 2002 blieb die Macht bis vor kurzem in seinem Familienzweig, Sohn Markus wurde Chef – heute leitet Robert Buchbauer die Geschäfte.

Ins Unternehmen eingestiegen war Langes-Swarovski 1964, unter ihm wurde das Kerngeschäft mit den geschliffenen Kristallen für die Mode- und Schmuckindustrie weiterentwickelt. In London eröffnete in den 1980er-Jahren der erste Swarovski-Shop.

Zum Hundert-Jahr-Firmenjubiläum setzten sich Familie und Konzern 1995 mit den Kristallwelten ein Denkmal. André Heller steuerte Ideen für das Ausstellungsareal bei.

Allerdings erlitt der Konzern unter Langes-Swarovski auch den größten Flop seiner Geschichte: Die Übernahme der US-Juwelierkette Zale wurde zum Milliardengrab. Zale musste in die Insolvenz geschickt werden, Swarovski und die Banken verloren viel Geld.

Der Onkel von Fiona Swarovski war Vater dreier Kinder und wurde von seinem Umfeld „Gerni“ genannt. Berühmt war auch das Porelnessen, das der Marketingexperte regelmäßig im Rahmen des Forums Alpach veranstaltete. Langes-Swarovski war Bio-



bauer, Weinproduzent, Flugunternehmer.

Als Fußballpräsident des FC Swarovski Tirol hatte er zeitweise Erfolg. (gra, luis) Foto: APB

„Vater“ der Weltmarke Swarovski ist tot

WIEN. Gernot Langes-Swarovski, der Urenkel des Unternehmensgründers Daniel Swarovski, ist am Donnerstag im 78. Lebensjahr nach langer Krankheit gestorben. Er stand 35 Jahre bis 2002 als geschäftsführender Gesellschafter an der Spitze des Kristallkonzerns. Unter seiner Führung wurde das Geschäft mit der weltweiten Vermarktung von kristallinen Geschenk- und Schmuckartikeln aufgebaut. Auch die mit André Heller gestalteten Swarovski Kristallwelten am Firmensitz in Wattens zum 100-Jahr-Jubiläum des Familienunternehmens fallen in seine Zeit.

Nach dem Studium war er bereits mit 24 Jahren in die Geschäftsführung eingetreten. Mit der berühmten Kristallmaus für die Olympischen Winterspiele 1976 in Innsbruck eröffnete er damals völlig neue Märkte und Kundenschichten. Kurz darauf folgte die erste Schmuckkollektion. Anfang der 1980er-Jahre hatte der heute weltbekannte Konzern den ersten Swarovski Shop in London eröffnet.

Parallel zu seiner Managertätigkeit im Familienkonzern übernahm er zusammen mit anderen Ende der 70er-Jahre die Aircraft Innsbruck, die spätere Tyrolean Airways, die mittlerweile in der AUA aufgegan-



Gernot Langes-Swarovski

gen ist, und war Präsident des FC Swarovski Tirol. Er engagierte sich früh in der Biolandwirtschaft, unterstützte Ökoprojekte und stieg in die Weinproduktion in Argentinien und später auch in China ein. 2003 verlieh ihm Bundespräsident Thomas Klestil das goldene Ehrenzeichen der Republik. 2007 erhielt er den Ring des Landes Tirol.

In den vergangenen Jahren hatte sich Langes-Swarovski weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt. „Ein ganz großer Tiroler ist nicht mehr“, sagte Landeshauptmann Günther Platter am Freitag. Langes-Swarovskis Handeln und Wirken würden unvergessen bleiben. (SN/mg, APA)

12) Ungarn gedachte des 75. Jahrestages der Vertreibung der Ungarndeutschen

Ungarn gedachte des 75. Jahrestages der Vertreibung der Ungarndeutschen

18.01.2021



Viktor Orbán und der Abgeordnete Imre Ritter - Foto: Viktor Orbán / Facebook

Wenn wir an die Tragödie der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg denken, denken wir vor allem an die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der drei Millionen Sudetendeutschen und der neun Millionen Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, die von Polen und der Sowjetunion vertrieben wurden. Im Falle Ungarns handelte es sich dabei nicht um die Bewohner erobertes oder zurückeroberter Provinzen, sondern um einen Teil der deutschen Minderheit, die schon seit längerer Zeit im Lande lebte.

Die Ungarndeutschen sind die Nachkommen deutscher Einwanderer und Siedler, die sich zwischen 1685 und 1740 im Rahmen eines Wiederbesiedlungsprogramms vor allem in Transdanubien (Bátsbergom/Gnan, Pest, Fejér/Stuhlweiß, Veszprém/Wesprim oder Weißbrunn, Komárom/Komorn, Győr/Raab), der Ungarischen Tiefebene (Szabolcs, Békés, Hajdú-Bihar, Bács) und dem Nordmassiv (Ment, Heves, Zemplén/Sempfin) niederließen. Sie stammen hauptsächlich aus dem süddeutschen Sprachraum (Schwaben, Bayern, Lothringen, Elsass, Pfalz, Österreich) und Sachsen, daher der Name „Schwaben“ (ungarisch: Sváb) in Ungarn und „Sachsen“ in Siebenbürgen. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es im gesamten ungarischen Königreich bis zu anderthalb Millionen von ihnen. Die meisten dieser Deutschstämmigen siedelten sich nach der Rückeroberung der ungarischen Gebiete vom Osmanischen Reich im 18. Jahrhundert an, als die ungarischen Dörfer durch die Hohe Pforte entvölkert wurden. Die Bayern und Württemberger bildeten das Gros der Donauschwaben, die für ihr Handwerk, ihre Kenntnisse im Weinbau und ihr donauschwäbisches Handelsnetz, das die süddeutschen Länder mit Ungarn verband, bekannt waren.

Ca. 200.000 Schwaben wurden zwischen 1946 und 1948 deportiert

Ungarn, Deutschlands Kriegverbündeter, befand sich nach 1945 – wie alle anderen Länder Mittel- und Osteuropas – in der sowjetischen Einflusszone, und so verpflichtete sich die ungarische kommunistische Führung – im Namen der „kollektiven Verantwortung“ aller Deutschen für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes – zur Deportation von etwa 200.000 Schwaben zwischen dem 19. Januar 1946 und Juli 1948. Die meisten von ihnen wurden von Bayern und Österreich aufgenommen, wo ihre Kinder und Enkelkinder heute leben. Heute leben etwa 130.000 Deutsche in Ungarn (Volkszählung 2011). Die meisten von ihnen sind kulturell und sprachlich assimiliert, obwohl seit der Wende der Stellenwert kultureller und ethnischer Identitäten wieder an Bedeutung gewonnen hat und vielerorts kulturelle oder religiöse Vereinigungen die schwäbische Identität stärken; nach der ungarischen Gesetzgebung für nationale Minderheiten (wahrscheinlich die großzügigste in Europa) genießen die Deutschen in vielen Gemeinden, u. a. in der Stadt Sopron/Ödenburg an der österreichischen Grenze, ein hohes Maß an kultureller Autonomie. Im ungarischen Parlament ist automatisch ein Sitz für sie reserviert. Dieser Sitz wird derzeit von Imre (deutsch: Emmerich) Ritter besetzt, der das Recht hat, im nationalen Parlament in deutscher Sprache zu sprechen.

Ein „Irreparabler Verlust“ für Ungarn

Im Jahr 2013 hat das ungarische Parlament den symbolischen Tag des 19. Januar – das Datum, an dem die Deportationen 1946 in der Kleinstadt Budacs/Wudersch in den westlichen Vororten von Budapest begannen – als nationalen Gedenktag an die Deportation der Deutschen festgelegt. Gestern legten der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und der Abgeordnete Imre Ritter gemeinsam einen Kranz vor einer Gedenktafel am Budaeer Bahnhof nieder, während der Staatssekretär für Kommunikation und Internationale Beziehungen, Zoltán Kovács, die Deportation der Schwaben (1946–1948) als einen „Irreparablen Verlust“ für Ungarn bezeichnete. Auch der Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony (Grüne, Opposition), würdigte die Opfer dieser Deportationen: „Wir schulden ihnen und den zukünftigen Generationen einen Akt des Gedenkens und eine gemeinsame Heimat, in der sich solche Taten nicht wiederholen können“.

Dieser Beitrag erschien zuerst in französischer Sprache bei [Viegrande Presse](#).

Unser Mitteleuropa, zitiert von
Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 10 / 2021

Wien, am 21. Jänner 2021

